

Arbeitgeber irritieren mit Tipps für Lohndumping

Handelskammer-Präsident und Stadlerail-Kader distanzieren sich von zweideutiger Veranstaltung

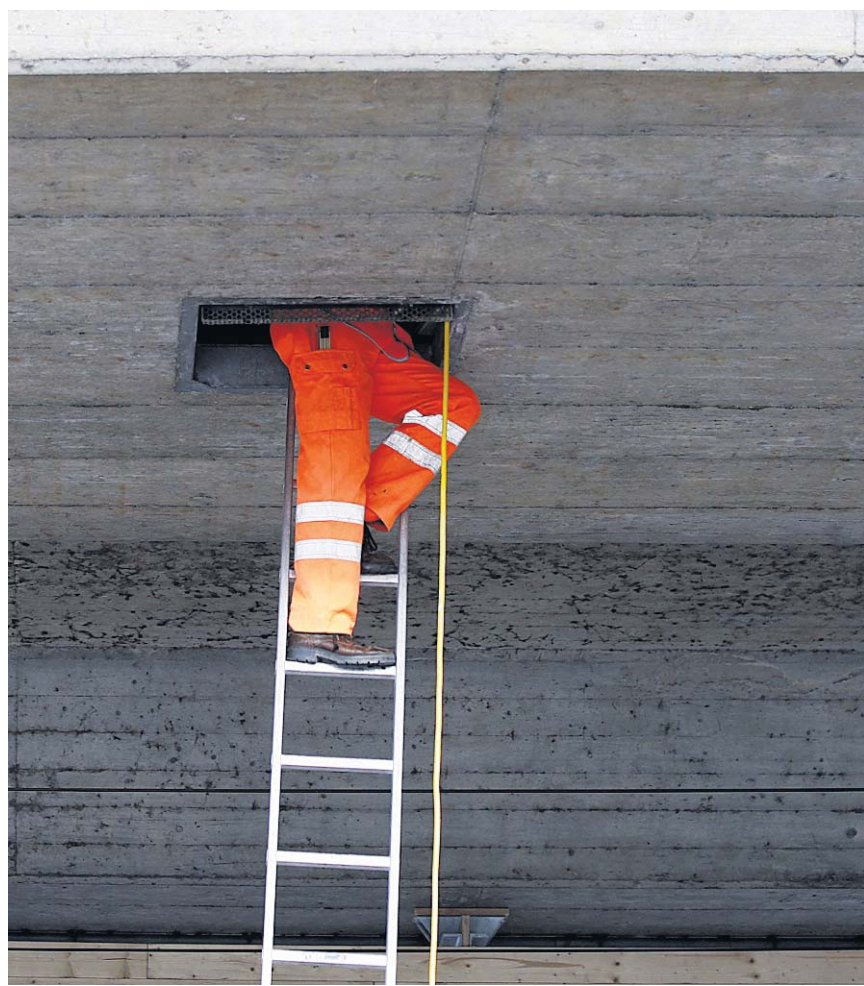
Dank der Personenfreizügigkeit mit Osteuropa 20 bis 30 Prozent Personalkosten sparen: Tipps dafür will eine Tagung liefern, zu der laut Flyer auch Handelskammern und Behörden laden.

VON CHRISTOF MOSER

Die Tagungs-Einladung lädt ziemlich unmissverständlich zu Lohndumping ein: «Volle Freizügigkeit für Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa – neue Chancen bei der Personalrekrutierung und der Reduktion von Personalkosten für Schweizer Unternehmen», lautet der Titel der Veranstaltung, die nächsten Donnerstag im Hotel Marriott in Zürich stattfindet. Noch unmissverständlicher ist der Programmpunkt nach der Kaffeepause am Nachmittag: «Wie es möglich ist, die Personalkosten um 20 bis 30 Prozent zu reduzieren mit Hilfe von Personaldienstleistern».

Organisiert wird der Anlass vom europaweit tätigen Personalvermittlungsdienst Personnel International, dessen Schweiz-Chef Jacek Gremlik im Tagungsprogramm keinen Aufruf zu Lohndumping erkennen will: «Wir wollen aufzeigen, wie Unternehmen dank der Personenfreizügigkeit legal ihre Lohnkosten senken können», sagt er. Als Personalvermittler sei er immer wieder mit krassem Lohndumping konfrontiert: «Zum Beispiel Pflegerinnen aus Osteuropa, die für 800 Franken in Schweizer Spitälern arbeiten. Oder Plattenleger, denen einfach nur alle zwei Monate Lohn ausbezahlt wird», so Gremlik. «Da ist es doch besser, wenn wir legale Wege aufzeigen, wie Firmen bei den Lohnkosten von der Personenfreizügigkeit profitieren können».

PIKANT: ALS MITORGANISATOREN des Anlasses sind auf der Einladung auch die Wirtschaftskammer Polen-Schweiz und die Handelskammer Schweiz-Mitteuropa (SEC) aufgeführt. SEC-Präsident ist Peter Jenelten, Kadermitglied von Stadlerail, dem Unternehmen von SVP-Nationalrat Peter Spuhler. Mitglieder der Hand-



Findet normalerweise im Versteckten statt: Lohndumping.

KEYSTONE

4. Massgeschneiderte Personallösungen für Ihre Branche

Wie es möglich ist die Personalkosten um 20 – 30 % zu reduzieren mit Hilfe von Personaldienstleistern

Auszug aus dem Tagungsprogramm.

delskammer sind namhafte Unternehmen wie die Ammann Group, aber auch die halbstaatliche Exportförderungsorganisation Osec – und das Zürcher Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA).

Nachfragen des «Sonntags» zum bevorstehenden Anlass lösen bei den beteiligten Firmen und Organisationen Auf-

regung aus. «Wir sind in vielen Handelskammern dabei. Lohndumping ist nicht unser Thema», heisst es bei der Osec. Das AWA teilt mit: «Wir haben von diesem Anlass nichts gewusst. Grundsätzlich gilt: Die Festlegung der Löhne ist Sache der Sozialpartner.» Besonders aufgeschreckt zeigt sich SEC-Präsident Peter

ZUWANDERUNG NIMMT ZU

Die Zuwanderung nimmt weiter zu: **Von Januar bis August 2011** betrug die Wanderungsbilanz – die Differenz zwischen Einwanderung und Auswanderung – **44 786 Personen**, was aus der neusten Statistik des Bundesamtes für Migration hervorgeht. Die Zahl liegt damit knapp 20 Prozent höher als in der entsprechenden Vorjahresperiode: Damals betrug die Wanderungsbilanz 37 473 Personen. Mit ein Grund für den Anstieg: Seit dem 1. Mai dieses Jahres ist für Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Estland, Litauen und Lettland die **vollständige Personenfreizügigkeit** mit der Schweiz in Kraft. (FV)

Jenelten: Bei seinem Rückruf wird Stadlerail-Kommunikationschef Tim Büchle in die Leitung eingeklinkt. «Als SEC-Präsident habe ich nichts von dieser Veranstaltung gewusst», sagt Jenelten. «Wir distanzieren uns in aller Form von dieser Konferenz und den angekündigten Informationen zur Einsparung von Personalkosten dank der Freizügigkeit mit Osteuropa.» Jenelten bestreitet, dass seine Handelskammer, wie auf dem Flyer angegeben, die Tagung mitorganisiert: «Veranstalter sind zwei Mitglieder der SEC, die unser Logo auf der Einladung verwendet haben. Das ist eine Sauerei.»

FÜR DANIEL LAMPART, Chefökonom beim Gewerkschaftsbund (SGB), löst die Distanzierung das grundsätzliche Problem dieser Veranstaltung nicht: «Die Industrie kennt keine Mindestlöhne, die Branche nutzt ein Loch im Lohnschutz. Deshalb ist es legal, Leute zu tieferen Löhnen einzustellen. Die Tagung propagiert so gesehen nichts Illegales», sagt er. Der Effekt von legalem Lohndumping sei jedoch klar: «Die Schweizer Löhne geraten unter Druck. Leider sind die Kontrollen in der Industrie heute noch zu lasch.»

Nicht auf die «Sonntag»-Anfrage reagierte die Wirtschaftskammer Polen-Schweiz, die auch als Mitorganisator des Anlasses aufgeführt ist. Veranstalter Jacek Gremlik war am Samstag für weitere Stellungnahmen nicht zu erreichen.

BUNDESPLATZ



Der abtretende SVP-Nationalrat **J. Alexander Baumann** hatte zum Sessionsende noch eine kleine Überraschung auf Lager: Per Motion verlangte er, dass sich alle ehemaligen Ratsmitglieder, die von einem freien Zugang zum Parlamentsgebäude auf Lebenszeit profitieren, künftig ins Lobbyisten-Register eintragen müssen, sofern sie in der Wandelhalle für Anlieger weiblern. Dass sich der ehemalige FDP-Nationalrat und Economiesuisse-Präsident **Gerold Bühler** und seine Lobbyisten-Kollegen über Baumanns Abschiedsgeschenk freuen, ist allerdings zu bezweifeln.

Der St. Galler Nationalrat und Gewerkschaftsbund-Präsident **Paul Rechsteiner** erhält für seine Kandidatur als Ständerat Unterstützung von 17 Ostschweizer Kunstschaffenden – darunter auch vom renommierten Sprengkünstler Roman Signer. Ob das reicht, um Rechsteiners gewichtige Konkurrenz für den Einzugs Stöckli – Ständerat **Eugen David** (CVP), Regierungsrätin **Karin Keller-Sutter** (FDP) und SVP-Chef **Toni Brunner** – wegzusprenge?

Ohne Zweifel treffsicher ist SVP-Nationalrätin **Sylvia Flückiger** (AG): Mitte September hat sie die Jägerprüfung bestanden. Im Frühling ging der Schuss noch nach hinten los: Flückiger fiel wegen eines einzigen Fehlschusses durch die Prüfung – und wurde, wie sie klagt, von den Medien «schön durch den Kakao gezogen».

ECHO AUF «SONNTAG»-NEWS

«Zehn Jahre nach dem **Swissair-Gründung über ehemalige Verantwortliche der Fluggesellschaft Kritik am damaligen Verhalten der Politik. In einem Gastbeitrag im «Sonntag» schreibt Mario Corti, zum Zeitpunkt des Groundings Chef der Swissair: «Es bestehen keine Zweifel, dass eine Rettung der Swissair-Gruppe auch nach dem 11. September möglich war.»**» (St. Galler Tagblatt)

«Der Kampf gegen den starken Franken fordert seinen Tribut. Innerhalb von einem einzigen Monat sind die Devisenanlagen der Nationalbank (SNB) um über 50 Prozent auf 280 Milliarden Franken förmlich explodiert, wie die Zeitung «Der Sonntag» gestützt auf neue SNB-Statistiken berichtet.» (Newsnetz)

«Hass-Mails, anonyme SMS und Morddrohungen: Seit Ivica Petrusic (34) vorgeschlagen hat, die Schweizer Flagge abzuschaffen, steht er massiv unter Beschuss. So wurde gedroht, man würde seiner Familie auflauern. «Das geht zu weit», sagt der Vizepräsident von **Secundos Plus im «Sonntag».** Auch weitere Vorstandsmitglieder des Vereins seien bedroht worden.» (20 Minuten)

Krankenkassen: 13 Kantone stellen sich quer

Neuer Zoff um den Ausgleich bei den Krankenkassen-Reserven: Die Hälfte der Kantone lehnt den Kompromiss ab

VON FLORENCE VUICHARD

Es geht um sehr viel Geld: Die Versicherten aus den Kantonen Zürich, Basel-Stadt, Genf, Waadt, Neuenburg, Jura, Tessin und Thurgau haben zwischen 1996 und 2011 rund 1,8 Milliarden Franken zu viel an Krankenkassenprämien einbezahlt – und grosse Reserven angehäuft.

In den restlichen 18 Kantonen haben die Versicherten, gemessen an den bezogenen Gesundheitsleistungen, zu wenig Prämien bezahlt – und sich von den Zürchern, Baslern und Co. subventionieren lassen, wie der Waadtländer Gesundheitsdirektor und Präsident der kantonalen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK), Pierre-Yves Maillard, immer wieder monierte.

DIESE ALTLAST SOLL NUN durch eine grosse Umverteilungsübung teilweise korrigiert werden. Gesundheitsminister **Didier Burkhalter** hat deshalb in Absprache mit der GDK einen Kompromiss ausgearbeitet. Doch nun scheren nicht weniger als 13 Kantone aus: Aargau, Baselland, Glarus, Graubünden, Nidwalden, Schwyz, Schaffhausen, St. Gallen, Uri, Wallis, Zug sowie die beiden Appenzell lehnen Burkhalters Vorlage ab. Der

Aargauer Regierungsrat etwa bezeichnet den Vorschlag in seiner Vernehmlassungsantwort, die dem «Sonntag» vorliegt, als «untauglich und unnötig».

Von den Schuldner-Kantonen stehen also nur noch Bern, Solothurn, Luzern, Freiburg und Obwalden hinter der

« Wir haben Hand geboten für einen Kompromiss, für eine ausgewogene Vorlage.»

BASLER GESUNDHEITSDIREKTOR CARLO CONTI

Vorlage. Der Basler Gesundheitsdirektor und GDK-Vizepräsident **Carlo Conti** verbirgt seine Enttäuschung über das Ausschlagen der anderen 13 Kantone nicht: «Das ist sehr unschön», sagt Conti. Schliesslich hätten die Kantone, in denen zu hohe Prämien einbezahlt wurden, auf einen Teil der Rückerstattung verzichtet. «Wir haben Hand geboten für einen Kompromiss, für eine ausgewogene Vorlage», sagt Conti. «So aber müssen wir uns überlegen, ob wir nicht auf unsere ursprüngliche Forderung zu-

rückkommen und die ganze Summe zurückverlangen wollen.»

Mit Burkhalters Vorlage würde «nur» etwa 1 der 1,8 Milliarden Franken zurückverteilt – und zwar über Prämienzuschläge für die Versicherten in den Kantonen, wo in der Vergangenheit zu wenig bezahlt wurde. Der Prämienzuschlag beläuft sich pro Kopf und Jahr auf höchstens rund 50 Franken, denn er darf nur so hoch sein wie die CO₂-Lenkungsabgaben, die allen über die Krankenkassenprämien zurückerstattet werden.

Faktisch heisst das: Die betroffenen Versicherten erhalten so lange keine CO₂-Lenkungsabgabe mehr, bis die kalkulatorische kantonale Reserveschuld abgetragen ist. Das Umverteilungsverfahren dauert maximal sechs Jahre. Ihre Schuld bis zuletzt nicht abzahlen können und werden die Kantone Bern, Solothurn, Zug, Glarus, Nidwalden, Obwalden, Uri und Appenzell Ausserrhoden.

AUF DER GEGENSEITE erhalten die Versicherten in Zürich, Basel-Stadt, Genf, Waadt, Neuenburg, Jura, Tessin und Thurgau jährlich zusätzlich zur CO₂-Lenkungsabgabe auch einen Prämienzuschlag aus dem von den anderen Kantonen geäußerten Umverteilungstopf.

KÄMPFEN FÜR UMVERTEILUNG



Bundesrat Didier Burkhalter möchte mit seiner Gesetzesrevision das Altlasten-Problem ein für alle Mal lösen.



Gesundheitsdirektor Pierre-Yves Maillard will, dass «seine» Versicherten in der Waadt entschädigt werden.



Der Vize der kantonalen Gesundheitsdirektoren, Carlo Conti, verteidigt die Kompromiss-Vorlage von Bundesrat Burkhalter.

Mit einem Aufsichtsgesetz für Krankenkassen will Burkhalter zudem dafür sorgen, dass künftig keine neuen kantonalen Ungleichgewichte mehr entstehen können. Das Altlasten-Problem wird er aber nicht so schnell los: Neben den 13 Kantonen kämpfen auch Santésuisse, Economiesuisse, der Gewerbeverband sowie CVP und SVP gegen die Vorlage.